



Irene Schulz

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der IG Metall

1. Mai: Gute Arbeit. Soziales Europa.

Rede auf der Kundgebung zum 1. Mai 2014 in Berlin

Sperrfrist Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
heute demonstrieren wir hier in Berlin,
in der ganzen Bundesrepublik, in Europa und weltweit.

In Chicago erinnern unsere amerikanischen Kolleg/innen an den blutigen
1. Mai vor mehr als 100 Jahren.

Unser 1. Mai steht für die Würde des Menschen und für die Rechte von
Arbeitnehmern. Er steht für harte Kämpfe. Er steht für erfolgreiche
Auseinandersetzungen.

Aus der Erfahrung wissen wir: Wer den sozialen Fortschritt will,
braucht einen langen Atem: Mindestlohn. Rente mit 63, Leiharbeit.

Die DGB-Gewerkschaften und ihre Mitglieder haben diesen langen Atem bewiesen.
Wir haben Reformen, wir haben Veränderungen mit angeschoben.

Nichts fiel vom Himmel, nichts wurde uns geschenkt.

Seit 8 Jahren streiten die DGB- Gewerkschaften gemeinsam gegen den
„Mainstream“ für den Mindestlohn. Jetzt wird er Realität.

Zum 1. Januar 2015 wird ein flächendeckender gesetzlicher Mindestlohn von
8,50 Euro eingeführt. Für mehr als 5 Millionen Beschäftigte heißt das mehr Geld und
bessere Lebensbedingungen.

Ausnahmen lehnen wir kategorisch ab - auch für Jugendliche und
Langzeitarbeitslose.

Ein Mindestlohn, der immer mehr einem Schweizer Käse gleicht, verdient seinen
Namen nicht und erfüllt vor allem seinen Zweck einer unmissverständlichen
Lohnuntergrenze nicht.

Wir fordern: Mindestlohn für alle – wann, wenn nicht jetzt!

Auch bei der Rente mit 63 sind wir endlich auf dem richtigen Weg.

Die Rente muss zum Leben reichen. Wir wollen auch ein gutes Leben im Alter.

Dafür streiten wir seit Jahren. Mit diesem Teil-Erfolg.

Jetzt endlich können Beschäftigte nach 45 Versicherungsjahren mit 63
- ohne Abschläge - in Rente gehen.

Das ist keine Wohltat. Das ist kein Geschenk. Das ist keine Privilegierung.

Das haben sich unsere älteren Kolleginnen und Kollegen erarbeitet!

Sie haben 45 Jahre hart gearbeitet. Sie haben 45 Jahre Beiträge gezahlt.

Das ist die Lebensleistung unserer Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben!

Nichtsdestotrotz: Das Geschrei ist groß. Der Alarm hört nicht auf.

Es wird viel Geld in die Hand genommen.

Die Initiative soziale Marktwirtschaft, von den Metallarbeitgebern finanziert,
schaltet großflächige Anzeigen gegen die abschlagsfreie Rente mit 63.

Es wird versucht zu spalten, zwischen Jung und Alt, zwischen Frauen und Männer.

Und das Gute ist - trotz ihres Invest: Arbeitgeber und Lobbyisten bleiben mit ihrer
Meinung allein.

Die Menschen lassen sich durch teure Anzeigen und lautem Alarm nicht
beeinflussen und vor allem nicht spalten: 80% sind bei Umfragen weiterhin für die
Rente mit 63 nach 45 Versicherungsjahren: Junge, Ältere, Frauen und Männer.

Die Forderung der Lobbyisten und Teilen der Politik nach Rentenabschlägen und
Rentenkürzungen geht an der Lebensrealität der Menschen vorbei.

Welcher Enkel, welches Kind wünscht den (Groß-)Eltern, die ihr Leben lang gearbeitet hat, denn nicht, dass sie gut im Alter leben können?

Welcher Großvater, welche Mutter, wünscht den eigenen Kindern und Enkeln denn nicht, dass sie einen guten Start ins Arbeitsleben haben?

Denn klar ist doch: Eine ausreichende, spätere Rente für die Jüngeren wird doch nicht durch Verzicht der Älteren gesichert.

Sie hängt vor allem von einer kontinuierlichen Erwerbsbiographie und guten Beschäftigungsbedingungen mit guten Entgelten ab.

Arbeitgeber und ihre Verbände prophezeien eine Frühverrentungswelle und beklagen den Fachkräftemangel.

Dabei müssen sie sich fragen lassen:

Wo sind denn die alternsgerechten Arbeitsplätze in den Betrieben, damit unsere Kolleginnen und Kollegen gesund in die Rente gehen können?

Wo sind denn die attraktiven, kreativen Arbeitszeitangebote, um Arbeit und Leben gut zu vereinbaren?

Wo die attraktiven Führungspositionen für Frauen?

Wo sind denn die zusätzlichen Ausbildungsplätze und kreativen Ansätze, um einen Fachkräftemangel zu verhindern?

Wo ist denn die eingeforderte Weitsicht, wenn es um die eigene Verantwortung geht?

Die Fakten geben eine klare Antwort:

Nur noch jeder 5. Betrieb bildet aus (21,7 %).

Das ist der niedrigste Stand seit 1999.

Das ist ein Armutszeugnis für unsere Wirtschaft.

Solange die Betriebe nicht bereit sind, mehr auszubilden, bleibt der viel beklagte Azubi-Mangel eine Fata Morgana.

84.000 junge Menschen suchen noch händeringend einen Ausbildungsplatz. Nur 33.000 Ausbildungsplätze sind noch im Angebot.

Gerade junge Beschäftigte brauchen Perspektiven.

Sie brauchen eine gute Ausbildung.

Und keine prekären, keine befristeten und keine Minijobs – vor oder nach der Ausbildung.

Gute Arbeit mit gutem Einkommen –

Das ist die beste Grundlage für eine gute Altersvorsorge.

Das ist die beste Basis für eine ausreichend finanzierte Rentenversicherung auch in der Zukunft, gerade für die Jungen.

Unsere jungen Kolleginnen und Kollegen aus allen Gewerkschaften sind heute hier.

Sie setzen sich mit ihrer ganzen Kreativität und hohem Engagement ein: für gute Ausbildungsbedingungen, für eine Ausbildungsgarantie, für gute Bildung und zwar für alle, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern, unabhängig von der Herkunft.

Und sie wissen dabei ihre Eltern, ihre Großeltern und ihre älteren Kolleginnen und Kollegen an ihrer Seite.

Denn: Wir lassen uns in den Betrieben, in den Gewerkschaften nicht spalten! Und das ist unsere Stärke.

Das haben auch die aktuellen Tarifaueinandersetzungen der Einzelgewerkschaften gezeigt. So haben zuletzt unsere Kolleginnen und Kollegen von ver.di durch ihre

eindrucksvollen Warnstreiks und durch ihre Geschlossenheit gute Tarifabschlüsse erreicht und die Entgelte deutlich erhöht.

Bei der Leiharbeit haben wir durch unsere Kampagnen in den Betrieben und unsere Tarifverträge Fortschritte gemacht.

Stammbeschäftigte und Leiharbeiter gemeinsam haben diese Erfolge erreicht.

Das Einkommen hat sich durch Branchenzuschläge deutlich verbessert.

Auch die Regierung reagiert und schlägt einen anderen Kurs ein und will Leiharbeit endlich gesetzlich stärker regulieren.

Das ist ein erster Erfolg. Die Gleichbehandlung von Leiharbeitnehmer/innen bleibt unser Ziel.

Aber, Arbeitgeber sind erfinderisch. Das Ausweichmanöver heißt Werkverträge.

Teile der Produktion werden einfach in Form von Werkverträgen an Dritte vergeben.

Die Zustände in deutschen Schlachthöfen sind nur die Spitze des Eisbergs. Werkverträge gibt es inzwischen in allen Branchen: in der Nahrungsmittelindustrie, im Einzelhandel, auf dem Bau und in der Metall- und Elektroindustrie.

Diese Werkverträge unterliegen oft keinerlei Regulierung:
Fast immer gilt: Kein Betriebsrat, kein Tarifvertrag.

Hier geht es um viel Geld. Subunternehmen und Auftraggeber steigern ihre Rendite hemmungslos auf Kosten der Beschäftigten.

Auch wir Steuerzahler finanzieren die Rendite mit – nämlich immer dann, wenn der Niedriglohn nicht zum Leben reicht und aufgestockt werden muss.

Dass Arbeitgeber hier so ungeniert in die Hartz IV-Kasse greifen,

das ist der eigentliche Missbrauch von Hartz IV!

Um im Betrieb handeln zu können, um Missbrauch angehen zu können, um gute Lösungen zu finden, brauchen wir echte Mitbestimmungsrechte für Betriebsräte.

Mitbestimmung ist der Grundpfeiler für unseren wirtschaftlichen Erfolg. Sie ist der Grundpfeiler für die Beteiligung der Menschen, für die Stabilität in unserer Gesellschaft.

Das zeigt auch eine erste Zwischenbilanz der diesjährigen Betriebsratswahlen:

Gegen den allgemeinen Trend, haben wir eine hohe Wahlbeteiligung in den Betrieben. Die Menschen beteiligen sich aktiv, wenn sie sehen, dass ihre Interessen im Mittelpunkt stehen.

Unsere Betriebsräte haben eine starke Rückendeckung in den Betrieben, weil sie einen guten Job machen.

Für wirksame Mitbestimmung muss die Politik ein starkes Fundament bauen.

An diesem Fundament hat die Große Koalition nicht weiter gebaut. Insbesondere bei Werkverträgen ist keine Erweiterung von Mitbestimmungsrechten vorgesehen.

Betriebsräte sollen mehr Informationsrechte erhalten.

Das ist zu wenig. Damit lässt sich Missbrauch nicht stoppen.

Deshalb bleibt unsere Forderung:

Werkverträge, die nur den Zweck haben, bestehende Tarife zu unterlaufen und damit Billigarbeit zu organisieren, sind Missbrauch und gehören verboten!

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

um mehr Mitbestimmung und Beteiligung geht es auch in Europa.

Mehr Demokratie wagen, das muss die neue europäische Devise sein.

Dafür brauchen wir einen Kurswechsel und zwar dringend.

Am 25. Mai wird das europäische Parlament gewählt.

Und noch nie waren die Europawahlen wichtiger als heute.

Europa scheint dem einen oder anderen immer noch weit weg. Doch die Politik, die hier beschlossen wird, hat eine Reichweite und Wirkungskraft, die wir nicht den Marktradikalen überlassen dürfen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
heute am 1. Mai blicken wir auf 10 Jahre Osterweiterung der EU zurück.
Die Horrorszenarien, die an die Wand gemalt wurden, um die Freizügigkeit zu diskreditieren, sind widerlegt.

Aber es gibt trotzdem noch viel zu tun.

Lasst mich mit einem ganz aktuellen Thema anfangen.

Die EU und die USA verhandeln zurzeit ein Freihandels- und Investitionsabkommen.

Es geht um den Abbau von Zöllen, um die Harmonisierung von Standards und Normen. Die Wirtschaft soll davon deutlich profitieren und zusätzliches Wachstum wird prognostiziert.

Diese Verhandlungen geschehen hinter verschlossenen Türen, sind völlig intransparent und haben es wirklich in sich.

Wer die Karten nicht offen auf den Tisch legt, muss sich über Misstrauen und fehlende Akzeptanz nicht wundern.

Diese Geheimniskrämerei und diesen „Hinterzimmer-Politikstil“ lehnen wir ab, Kolleginnen und Kollegen.

Für uns ist die zentrale Frage: Gefährdet dieses Abkommen, Gesundheits- und Umweltstandards und Arbeitnehmerrechte?

Es ist z.B. zu erwarten, dass bei einer Öffnung der Dienstleistungsmärkte, schnell weitere Privatisierungen die Folge sind – mit allen negativen Folgen für Bürgerinnen und Bürger und Beschäftigte.

Die größte Gefahr geht von den bisher geplanten Regelungen zum sogenannten Investitionsschutz aus.

In letzter Konsequenz könnten Investoren ganze Staaten verklagen.

Jedes nationale Gesetz, das Kosten verursacht, jede Ausweitung von Arbeitnehmerrechten, wie z.B. die Einführung eines Mindestlohnes, könnte als Beeinträchtigung der Investoren gesehen werden.

Dieses Abkommen lässt befürchten, dass für den Gewinn von Wenigen, Arbeitnehmer- und Sozialrechte für Viele verhindert oder abgebaut werden.

Diesen Investorenschutz lehnen wir ab, er hat in einem Freihandelsabkommen nichts zu suchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Verhandlungen zeigen, dass endlich der Glaube an die Überlegenheit von freien Märkten überwunden werden muss.

In unserem Europa geht es darum, dass die Menschen wieder im Mittelpunkt der Politik stehen.

Durch den seit Jahren rigorosen Sparkurs sparen sich die Krisenländer immer tiefer in die Krise hinein.

Die Folgen dieser Spar- und Kürzungspolitik sind Entlassungen und Perspektivlosigkeit bei den Menschen.

Wir brauchen vor allem dringend, belastbare und wirksamere Maßnahmen gegen die nach wie vor unakzeptabel hohe Jugendarbeitslosigkeit in Südeuropa.

Wir dürfen nicht zulassen, dass die einseitige Spar- und Kürzungspolitik der Troika und der nationalen Regierungen eine verlorene Generation von jungen Europäern produziert.

Die Angriffe auf Löhne, auf die Tarifautonomie und auf Arbeitnehmerrechte in den Krisenländern stoßen auf entschiedenen Widerstand aller Gewerkschaften in Europa.

Wir werden vor allem Europa nicht den Populisten und den Nationalisten, den Le Pens, und auch nicht der AfD überlassen.

Die haben immer noch nicht begriffen:

Die Spaltung Europas verläuft nicht zwischen den Grenzen einzelner Länder, sondern zwischen den Krisengewinnlern, die die Krise verursacht haben und denen, die die Krisenlasten tragen müssen, die sie nicht verursacht haben!

Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Europas lassen sich nicht gegeneinander ausspielen.

Das ist auch eine klare Botschaft an alle Nazis die glauben, heute den 1. Mai für sich missbrauchen zu können:

Deren rassistische, menschenverachtende Parolen haben in Europa, in Deutschland und hier in Berlin keinen Platz!

Das habt ihr in Kreuzberg vor wenigen Tagen sehr eindrucksvoll bewiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es lohnt sich, für ein anderes, für unser Europa zu streiten.

Es gibt Alternativen.

Wir wollen ein Europa,

- in das endlich sinnvoll investiert wird, das auf qualitatives zukunftsfähiges Wachstum setzt,
- mit guten Beschäftigung- und Lebensbedingungen,
- das nicht die Menschen bestraft, sondern die Krisenverursacher in die Verantwortung nimmt,
- das sich nicht abschottet gegen Flüchtlinge.

Wir wollen ein Europa,

- in dem die Menschen, gerade die Jüngeren, wieder an die europäische Idee glauben

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
die Voraussetzungen dafür sind gut:

Wir stehen hier am Brandenburger Tor, dem Wahrzeichen von Berlin.

- Berlin ist eine der angesagtesten europäischen Hauptstädte, eine die von Millionen von Europäern jährlich besucht wird.
- Berlin ist attraktiv für junge Menschen aus Europa und der ganzen Welt.
- Berlin steht für die Vereinigung von Ost und West.
- Berlin ist das Tor zu Osteuropa.
- Berlin ist bunt und weltoffen.
- Migrantinnen und Migranten sind hier seit jeher unsere Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben.

Darauf können wir, darauf können die Berlinerinnen und Berliner stolz sein.

Das war nicht immer so.

In diesem Jahr jährt sich der Beginn des 1. Weltkrieges zum 100. Mal und der Beginn des 2. Weltkrieges zum 75. Mal.

Das Gedenken verpflichtet uns, Kriege zu verhindern und alles dafür zu tun, Frieden zu sichern.

Es ist unbestritten, die Europäische Union – und das war einer der Gründungsgedanken - hat Europa friedlicher gemacht. Frieden ist unser höchstes Gut.

Das zeigt sich gerade ganz aktuell in der Ukraine. Der Konflikt spitzt sich gefährlich zu. Militärisch und mit verbaler Aufrüstung ist dieser Konflikt nicht zu lösen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
es lohnt sich aus vielen guten Gründen für ein soziales Europa zu streiten und am 25. Mai wählen zu gehen, damit UNSER Europa eine Zukunft hat!

Vielen Dank!